

III.

Portugal.

Mitte April. Wegen eines Studentenstreiks in Lissabon schließt die Regierung die Vorlesungen an der Universität und an allen höheren Schulen Portugals.

11. Mai. Die Deputiertenkammer wird aufgelöst.

Mai. Innerer Konflikt.

Die Opposition der Kammern, viele Gemeinderäte, auch Mitglieder der Regierungspartei und des Staatsrats, protestieren gegen die Regierung, die sie als absolutistisch und ungefällig bezeichnen. — Ende Mai erläßt der König mehrere Dekrete über Steuererlasse für Beamte, Gehaltserhöhungen und bessere Beförderungsbedingungen für Offiziere und Beamte. Anfangs Juni wird die Stadtverwaltung von Lissabon aufgelöst und eine königliche Kommission mit der Verwaltung betraut. Am 20./21. Juni findet eine Straßenkundgebung gegen den Ministerpräsidenten Franco in Lissabon statt, Militär schreitet ein, Barrikaden werden gebaut, es gibt Tote und Verwundete.

Juli. Der König bereist die Provinzen. Der Kronprinz besucht die Kolonien.

1. August. (Oporto.) Pinze Ribeiro, Führer der Konservativen, mehrfach Ministerpräsident, 58 Jahr alt, †.

3. August. Ein kgl. Dekret führt die Sonntagsruhe ein.

26. August. Im Staatsrat erklären mehrere Mitglieder, den Sitzungen fernbleiben zu wollen, wenn die Diktatur andauere; alle Monarchisten mußten sich gegen das Kabinett vereinigen.

27. August. (Oporto.) Durch den Einsturz eines Hauses werden zahlreiche Personen getötet und verwundet.

November. Dekrete der Regierung gegen Agitationen.

Am 19. beschließt der Ministerrat, politischen Agitationszwecken dienende Versammlungen nicht zu gestatten und auch Auslassungen der Zeitungen zu verbieten. Abgesehen von doktrinären Erörterungen und

Besprechungen von Maßnahmen der Regierung, ist auch die Verbreitung von Neuigkeiten, Gerüchten und Kommentaren verboten, die geeignet sind, den Staatskredit zu schädigen oder Finanzspekulationen zu fördern. Am 25. ordnet ein Dekret des Königs an, daß alle politischen Vergehen nach dem summarischen Verfahren beurteilt werden sollen, das für anarchistische Verbrechen vorgesehen ist. Sie werden einem besonderen Gerichtshof überwiesen.

19. Dezember. Verwaltungsreformen.

Ein königlicher Erlaß ordnet an, daß die Generalräte vom 2. Januar des nächsten Jahres ab durch Verwaltungskommissionen ersetzt werden sollen. Dasselbe Dekret ermächtigt die Zivilgouverneure, Verwaltungskommissionen zu ernennen, die von demselben Tage ab die jetzigen Municipal- und Gemeinderäte ersetzen sollen.